



Wahlbeeinflussung und Datenschutz

Sehr geehrte Damen und Herren,

die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament und zur Bundestagswahl 2025 nehme ich zum Anlass, um, unabhängig von unserem laufenden Aufsichtsverfahren, auf die Datenschutzrisiken bei der Verwendung von Microtargeting-Verfahren auf den großen Online-Plattformen und in Sozialen Netzwerken hinzuweisen. Wie Sie wissen, ist insbesondere die Verwendung von besonderen Arten personenbezogener Daten nach Art. 9 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), also u. a. Informationen über die politische Haltung von Personen, nur mit ausdrücklicher und wirksamer Einwilligung der betroffenen Personen zulässig. Unabhängig von der Art der Daten birgt aber auch die Verarbeitung in Form der Selektion von Personen auf der Grundlage von umfangreichen Nutzungsprofilen Risiken. Für die betroffenen Personen sind die genauen Vorgänge der Datenverarbeitung häufig nicht transparent und das Informationsgefälle zwischen Plattform/Werbendem und Adressat:in kann dazu führen, dass es für die Adressat:innen schwer einschätzbar wird, was die Werbenden veranlasst hat, speziell sie mit dem spezifisch zugeschnittenen Inhalt anzusprechen. Wir alle ordnen Botschaften, die wir erhalten, auch danach ein, auf welcher (Informations-)Grundlage die Absender:innen die Botschaft an uns gesendet hat. Diese Möglichkeit der Einordnung besteht in den intransparenten und hochkomplexen Systemen der Werbenetzwerke bzw. Plattformwerbung in der Regel nicht mehr, ist aber gerade bei politischen Botschaften eigentlich unerlässlich.

Es steht zu befürchten, dass das zielgenaue Ausspielen von politischer Werbung auf der Grundlage von umfassenden Nutzungsprofilen nicht dazu führt, dass der öffentliche Diskurs angeregt

und gefördert wird. Im Gegenteil, die Debatten werden in kleinteilige Gruppen verlagert und fragmentiert, polarisierend Inhalte ggf. verstärkt bzw. das vorgebliche Bild von einer „öffentlichen Meinung“ verzerrt. Für die Nutzer:innen wird es immer schwieriger, aus den vom eigenen Nutzungsprofil vorgegebenen Einordnungen auszubrechen, um ggf. auch mal nicht zu ihnen „passende“ Inhalte wahrzunehmen. Letztlich kann die starke Fokussierung auf die Interessenprofile der Nutzer:innen dazu führen, dass die Adressat:innen nur noch mit dem konfrontiert werden, was sie vermeintlich hören möchten, und dass die Bandbreite von Positionen eines Werbenden zu verschiedenen Themen sie nicht mehr erreicht. Irgendwann wird so individuell und manipulativ geworben, dass die freie und politische Meinungsbildung stark eingeschränkt und der Abgleich mit Botschaften, die andere Personen erhalten, nicht mehr möglich ist. Wahlwerbung, die so funktioniert widerspricht nach meiner Auffassung der zentralen Aufgabe der Parteien, die doch darin besteht, den öffentlichen Diskurs anzuregen, die vielfältigen Meinungen zu bündeln, zu Kompromissen zu führen, zu koordinieren und zu organisieren.

Ich möchte Sie daher dafür sensibilisieren, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten der Adressat:innen Ihrer Wahlwerbung, Ihrer Mitglieder und Ihrer Funktionsträger:innen ein wichtiger Baustein ist für die freie Meinungsbildung als Grundvoraussetzung unserer demokratischen Prozesse. Ich appelliere an Sie, bei der Wahlwerbung auf die Nutzung von Microtargeting-Verfahren zu verzichten, und Ihre Werbekampagnen daran auszurichten, den öffentlichen Diskurs über ihre Inhalte zu stärken.

Darüber hinaus möchte ich Sie auf die aktuellen, ernstzunehmenden Warnungen vor Versuchen von Sicherheitsangriffen, Desinformationskampagnen und Manipulation von Parteienkommunikation hinweisen. Bitte prüfen Sie die Maßnahmen zur Sicherheit Ihrer Systeme und legen dabei ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung effektiver Frühwarnsysteme. Im Falle von Sicherheitsverletzungen oder Datenschutzvorfällen sind kurze Melde- und Reaktionswege innerhalb Ihrer Organisation und zu den zu beteiligenden Stellen entscheidend für eine wirksame Abwehr oder Schadensbegrenzung. Meine Mitarbeiter:innen stehen Ihnen hierbei gerne unterstützend zur Seite.

Im vergangenen Jahr hat die Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen (APPF) eine umfangreiche Studie zur Einflussnahme auf Wahlen und demokratische Prozesse in der EU veröffentlicht (<https://www.appf.europa.eu/appf/en/other-information/studies>).

Das Europäische Kompetenzzentrum für die Bekämpfung hybrider Bedrohungen (Hybrid CoE) gibt in seinen aktuellen Studien Handlungsempfehlungen, um den identifizierten Risiken zu begegnen (<https://www.hybridcoe.fi/publications/hybrid-coe-research-report-10-preventing-election-interference-selected-best-practices-and-recommendations/> und <https://www.hybridcoe.fi/publications/hybrid-coe-research-report-12-counterering-hybrid-threats-to-elections-from-updating-legislation-to-establishing-collaboration-networks/>).

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Meike Kamp', with a stylized flourish at the end.

Meike Kamp